



Forschungsdiskurse zu digitaler Souveränität

Thorsten Thiel

Angenommen: 31. Juli 2024
© The Author(s) 2024

Augsberg, Steffen, Petra Gehring (Hrsg.) (2022): *Datensouveränität. Positionen zur Debatte* Frankfurt/New York: Campus Verlag. 250 Seiten. 30,00 €

Glasze, Georg, Eva Odzuck, und Ronald Staples (Hrsg.) (2022): *Was heißt digitale Souveränität? Diskurse, Praktiken und Voraussetzungen „individueller“ und „staatlicher Souveränität“ im digitalen Zeitalter* Bielefeld: transcript Verlag. 322 Seiten. 35,00 €

Greef, Samuel (2023): *Staat und Staatlichkeit im digitalen Zeitalter. Politische Steuerung im Wandel* Bielefeld: transcript Verlag. 470 Seiten. 48,00 €

Wolff, Martin C. (2022): *Digitale Souveränität* Weilerswist: Velbrück Wissenschaft. 172 Seiten. 29,90 €

Digitale Souveränität ist in den letzten Jahren zu einem dominanten Konzept des europäischen Diskurses um Digitalpolitik geworden. Die 2010er-Jahre haben mit den Enthüllungen Edward Snowdens und den Diskursen um soziale Medien und den Möglichkeiten der Manipulation der Wahlbevölkerungen hierfür den Grundstein gelegt; in der Gegenwart expandiert der Diskurs zusätzlich unter anderem wegen der Abhängigkeit von den digitalen Plattformkonzernen und ihren Führungspersonlichkeiten sowie angesichts der Konflikte um digitale Infrastrukturen, die zudem oft geopolitisch codiert sind. Das Resultat sind immer umfänglichere Regulierungsdiskurse, die insbesondere in Europa – und da oft ausgehend von Deutschland und Frankreich – durch die Begrifflichkeit der digitalen Souveränität geprägt und gerechtfertigt werden.

✉ Thorsten Thiel
Universität Erfurt, Erfurt, Deutschland
E-Mail: thorsten.thiel@uni-erfurt.de

Dass ein mit territorialer Staatlichkeit und umfassenden Kontrollmöglichkeiten assoziiertes politisches Konzept wie Souveränität in unserer Gegenwart und speziell in Bezug auf die stets als transnational und höchst dynamisch porträtierte digitale Konstellation der Gegenwart plötzlich wieder eine solche Prominenz erfährt, muss trotzdem zunächst überraschen – und ist mehr noch als die Frage, wie digitale Souveränität eigentlich ausgeübt wird, zum Fokus einer umfangreichen Forschungsdiskussion geworden. Eines der zentralen Ergebnisse dieser Diskussion ist, dass der Erfolg nicht ohne die Ambiguität des Konzeptes möglich gewesen wäre, welche es erlaubt, sehr unterschiedliche politische, ökonomische und (zivil-)gesellschaftliche Anliegen mit dem Begriff zu fusionieren. Dieser allgemeine Befund wird in jüngeren Ansätzen zum einen immer weiter ausgearbeitet und konkretisiert, zum anderen aber dadurch zu reduzieren versucht, dass eine Vielzahl von Versuchen vorgelegt worden ist, digitale Souveränität zu definieren, messbar zu machen und in konkrete Politiken zu übersetzen. Vier aktuelle Publikationen können dabei stellvertretend dafür stehen, dass dieser Prozess noch keineswegs zum Abschluss gekommen ist und immer neue Anläufe hervorbringt.

Als Erstes ist dies der 2022 erschienene Sammelband „Was heißt digitale Souveränität?“ von *Georg Glasze*, *Eva Odzuck* und *Ronald Staples*. Dieser macht das Eklektische des Diskurses offensiv zu seinem Ausgangspunkt, indem er disziplinäre Perspektiven auf digitale Souveränität nebeneinander verhandelt und eben dadurch in einen Zusammenhang zu stellen versucht. Hervorgegangen aus einer Kollaboration innerhalb der Universität Erlangen ist das Ziel des Bandes, die Produktivität und Anschlussfähigkeit des Konzeptes in unterschiedlichen Kontexten zu demonstrieren. Neben der Politikwissenschaft – vertreten durch eine politiktheoretische Betrachtung von *Eva Odzuck* – reicht das Spektrum der Ansätze von der Geographie über die Informatik bis hin zur Wirtschaftswissenschaft. Was der Band vielleicht mehr als alles andere zeigt, ist, wie stark die Souveränitätsdiskurse zwischen einem individuellen und einem kollektiven Pol schwanken, wobei der Band leider die Chance verpasst, den Diskurs insgesamt stärker zu kategorisieren. Jeweils für sich genommen, stellen die Beiträge aber oft instruktive Einführungen in Themenfelder und Debatten dar. So fungiert etwa der dem Band vorangestellte historisch-rekonstruktive Beitrag von *Finn Dammann* und *Georg Glasze* als gelungene Kontextualisierung für alle Leser*innen, die sich zum ersten Mal in das Thema einarbeiten. Aus politikwissenschaftlicher Sicht kritisch anzumerken, ist, dass der Band trotz seiner Breite einige sehr naheliegende Themen verpasst und insbesondere die Akteursperspektive unterbelichtet bleibt – also wem Souveränität zukommt, wie sie ausgeübt und durch wen sie kontrolliert wird.

Dies ist besser im zweiten hier zu besprechenden Band mit dem Titel „Datensouveränität. Positionen zur Debatte“ gelöst. Auch hier handelt es sich um einen Sammelband, der eine multidisziplinäre Anlage wählt und dafür auf einem längerfristigen und institutionalisierten Forschungsaustausch aufruft. Was der von *Steffen Augsberg* und *Petra Gehring* verantwortete Band anders macht, ist, dass hier stärker versucht wird, eine programmatische Position zu formulieren. Diese besteht in dem Fokus auf Datensouveränität als eine spezifische und von digitaler Souveränität zu unterscheidende Form. Datensouveränität wird als eine Spezifikation des individuellen Verständnisses von Souveränität artikuliert, wobei der von *Gehring*

verfasste einleitende Beitrag sehr instruktiv ist. Dieser versteht sich als „Wegweiser aus dem konzeptionellen Durcheinander“ und leistet zunächst eine Rekonstruktion des deutschen Souveränitätsdiskurses entlang von zentralen Positionierungen aus Wissenschaft und Politik. Im Anschluss daran aber plädiert *Gehring* dafür, Souveränität nicht auf die politisch-staatliche Interpretation zu verengen, sondern die konkrete Genese des Begriffs der Datensouveränität ernst zu nehmen, was heißt, die demokratische Handlungsfähigkeit von Individuen und gesellschaftlichen Gruppen zu stärken und Souveränität auch auf den Schutz und die Förderung von Handlungskompetenzen zu beziehen. Andere Beiträge nehmen diesen Impuls auf und schärfen das Konzept etwa aus rechtswissenschaftlicher Perspektive durch dessen Abgrenzung zum Datenschutz, worum es in gleich vier Beiträgen geht. Aus politikwissenschaftlicher Sicht von besonderem Interesse ist der Beitrag von *Tim Eckes*: Dieser unternimmt im ersten Schritt eine politiktheoretische Zurückweisung der nach *Eckes* an Hannah Arendt anschließenden und von ihm als überzogen wahrgenommenen Souveränitätskritik des wissenschaftlichen Diskurses. Dem entgegen schlägt *Eckes* vor, Datensouveränität als eine Form der Souveränität „von unten“ zu verstehen, die die Bedingungen von Teilhabe thematisiert. Dadurch wird ein Anschluss an die demokratische Tradition der Volkssouveränität ebenso möglich wie ein Theoretisieren neuer emanzipativer Akteure, wie z. B. Datengenossenschaften.

Martin C. Wolffs Monographie „Digitale Souveränität“ steht sowohl vom Vorgehen als auch stilistisch in starkem Kontrast zu den beiden obigen Werken. Hier heißt es gleich in der Einleitung „Souveränität heißt Kriegsfähigkeit nach innen und außen“ (S. 11). Und statt sich mit dem interdisziplinären Forschungsstand zu digitaler Souveränität differenziert auseinanderzusetzen, urteilt *Wolff* eingangs und so pauschal wie abfällig, dass es sich in diesen Diskursen um eine „beliebige Projektion von Konzepten und Begriffen“ handle (S. 12). Diese Diskurse würden sich im Kern um Datenschutz drehen, was theoretisch wie praktisch ungenügend sei und die Tiefe des technologischen Wandels völlig verpasse. Obwohl somit in keiner Weise im Diskurs anschlussfähig, lässt sich *Wolffs* Argumentation trotzdem mit einigem Gewinn lesen. Die Pointe besteht darin, ein sehr klassisches, staatliches Souveränitätsverständnis ernst zu nehmen und dann zu zeigen, wie es durch Technik in eine andere Form gebracht wird. *Wolff* meint dies nicht in dem einfachen Sinne, dass digitale Technik die Zurechnungs- und Durchsetzungsfähigkeit staatlichen Handelns verringere, sondern er wirft einen Blick zurück in die Geschichte der Technik und der Technikphilosophie, um aufzuschlüsseln, wie Technik und Ordnungsproduktion verschlungen sind. In einzelnen Tiefenbohrungen zeigt er, wie Technik Ökonomie und Sozialität prägt und somit direkt und indirekt politische Handlungskapazitäten formt. Digitaltechnologie wird dabei als eine neue Stufe herausgearbeitet, da für sie kennzeichnend ist, dass sie durch Vernetzung den Zwischenbereich menschlicher Gesellschaften vollständig umfasst und rekonfiguriert. Die Handlungsrationalität des Staates werde dabei stellenweise substituiert (z. B. in Blick auf Verwaltungshandeln), stellenweise unterminiert (etwa im Blick auf Gefahrenabwehr) und stellenweise durch neue Konkurrenz gefährdet (etwa im Blick auf private Entscheidungsinstanzen). Digitale Souveränität meint in der Reaktion dann nicht, dass der Staat das Handlungsmonopol in einem Abwehrkampf behauptet, sondern dass, um Souveränität zu erreichen, eine andere Organisation politischer Prozesse notwendig wird, die zum einen das „Wer“

von Souveränität erweitert (um Wirtschaft und Zivilgesellschaft), zum anderen das „Wie“ verändert (zum Beispiel durch Dezentralität), ohne aber das „Was“ infrage zu stellen, was in Regelsetzung und der Prägung und Kontrolle von Infrastrukturen besteht. Um zu diesem Schluss zu kommen, nimmt *Wolffs* Argumentation aber eine Vielzahl von Abzweigungen und Nebenwegen, denkt über Religion, Strategie oder Bitcoins nach, was im Ergebnis oft sprunghaft und apodiktisch wirkt und weiter dazu beiträgt, dass das Buch sich selbst im Diskurs isoliert.

Als produktiver erweist sich daher die Auseinandersetzung in dem einzigen Buch dieser Sammelrezension, welches Souveränität nicht direkt im Titel trägt, nämlich „Staat und Staatlichkeit im digitalen Zeitalter“ von *Samuel Greef*. Diese ursprünglich als Habilitationsschrift verfasste Publikation geht die Frage nach der Souveränität insofern ähnlich wie *Wolff* an, indem sie die Steuerungsfähigkeit politischer Institutionen konsequent in den Mittelpunkt rückt und danach fragt, wie diese sich unter geänderten Bedingungen anzupassen hat, um effektiv zu bleiben. Auch *Greef* rekonstruiert, in welcher Weise Digitalisierung Steuerungsnotwendigkeiten und Steuerungsmöglichkeiten verändert, macht dies aber viel konkreter in Bezug auf einzelne Handlungsfelder deutscher Digitalpolitik. Dabei zeigt er auf, wie sich im Kontext der digitalen Konstellation der kooperative Gewährleistungsstaat zunehmend hybridisiert. *Greef* zufolge erhöht Digitalisierung Komplexität und Ambiguität von Steuerungserwartungen, während sie zugleich Steuerungsmöglichkeiten verringert – und das, obwohl sie auch neue Steuerungsformen hervorbringt. *Greef* diskutiert dies nun aber nicht, wie die frühe Literatur zu Internet und Globalisierung, als eine Entwicklung, die staatliche Souveränität negiert und daher alternativen Ordnungsformen wie dezentrale Netzwerke begünstigt oder autoritären Systemen zum Vorteil gereicht, sondern als eine Veränderung, die eine Vielzahl von Anpassungsversuchen auslöst, die dann wiederum in reflexiven Prozessen zu stabilisieren versucht werden. Und hier kommt digitale Souveränität ins Spiel, da nach *Greef* der Begriff die Vision markiert, die nötig ist, um aktiv auf die Entwicklung zu reagieren. Digitale Souveränität wird bei ihm daher nicht als analytisches Instrument verstanden und sie bezeichnet auch kein einheitliches Konzept, mit dem auf die Entwicklungen richtig reagiert werden könnte. Vielmehr ist der Souveränitätsdiskurs ein begrifflicher Mantel für das oft widersprüchliche Patchwork von Teilelementen, die Politik in der digitalen Gesellschaft prägen und das vom neokybernetischen Planungsideal bis zur Indienstnahme von Zivilgesellschaft und privaten Governance-Akteuren reicht. Dass *Samuel Greef* sich dabei im Kern auf die konzeptuelle Klärung der Steuerungsproblematik fokussiert und die daraus hervorgehenden normativen und demokratietheoretischen Fragen höchstens streift, ist eine offene Flanke der Arbeit, die aber trotzdem sehr lesenswert ist und eine für den Diskurs sehr produktive Systematisierung von Steuerungsaspekten vollzieht.

Nimmt man die vier Bücher in der Zusammenschau, so lässt sich zunächst konstatieren, dass die Anziehungskraft des Souveränitätsdiskurses ungebrochen ist. Während die beiden Sammelbände darauf fokussieren, wie digitale Souveränität diskutiert wird, versuchen die beiden Monographien stärker das Spezifikum von souveränem Handeln als staatlichem Handeln im digitalen Kontext zu erörtern. Beide Ansätze sind für sich wichtig und insbesondere von der Ausdifferenzierung von Datensouveränität sowie der Systematisierung des Steuerungsproblems ist zu erwarten,

dass sie eine hohe Resonanz in der sich weiter ausdifferenzierenden Debatte finden dürften. Erleichtern wird die Aufnahme auch noch, dass drei der vier Bände (alle außer *Wolff*) Open Access veröffentlicht wurden und daher in digitaler Form einfach zugänglich sind.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.